

Andreas

Mehltretter

Ihr Bundestagsabgeordneter
mit **Lust auf Fortschritt**



JULI 2024

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

die Transformation ist längst in vollem Gang: Erneuerbare Energien sind die günstigste Form der Stromerzeugung, Batterien werden weiterhin billiger, besser und ressourcensparender, der Markt für Elektroautos wächst global, während der Markt für Verbrennungsmotoren schon das siebte Jahr in Folge schrumpft.

Umso erschreckender ist das Ergebnis der Europawahlen. Mit der Union, der AfD und mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht haben Parteien gewonnen, die den Menschen versprechen, wir könnten auch in Zukunft mit Verbrennungsmotoren und Abschottung unseren Wohlstand sichern.

China, die USA und Europa, das sind immer noch die großen drei Weltwirtschaften. Zwei davon haben die Herausforderung Transformation angenommen. Auch wir müssen endlich mit dem Aufbruch beginnen – oder, wie es diese Tag im Spiegel sehr treffend stand, „zu einer technisch rückständigen Provinz werden, die stolz an Museumstechnologie festhält, weil sie Innovation und Wandel als Zumutung empfindet.“

Deswegen ist es umso wichtiger, dass es nach langem Ringen endlich eine politische Einigung zum Haushalt gibt.

Manche Details werden gerade noch in konkrete Zahlen gegossen. Klar ist aber: Wir sorgen für Zukunftsinvestitionen, für sichere Renten durch das Rentenpaket und einen starken Sozialstaat.

Und mit einem starken Wachstumspaket unterstützen wir unsere Unternehmen in der Transformation: Wir bauen Bürokratie ab, erleichtern steuerliche Abschreibungen für Unternehmen und geben der Wirtschaft in Deutschland eine stabile Perspektive.

Viele haben die Ampelkoalition nach der Europawahl schon abgeschrieben. Die Einigung zum Haushalt zeigt, dass die Ampel handlungsfähig ist.

Die Einigung zeigt auch, dass die FDP nicht das Sagen in der Koalition hat. Wir haben unser Kernanliegen durchgesetzt: Soziale Sicherheit in unserem Land ist und bleibt der Garant für gutes Zusammenleben. Deshalb unterstützen wir Ar-

beitnehmer:innen und ihre Familien, z. B. durch eine Erhöhung von Kindergeld und Kinderzuschlag.

Erschreckt hat mich bei der Europawahl das Ergebnis der AfD. Ich möchte mir nicht vorstellen, dass diese Partei in Verantwortung kommt. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass es in Europa weiterhin eine demokratische Mehrheit gibt.

Frankreich zeigt, es ist möglich gegen rechts zu mobilisieren. Das geht sicher auch bei uns. Dazu müssen wir aber unsere eigenen Themen setzen. Das muss unsere Lehre aus der Europawahl sein.

Auch wenn im Haushalt 2025 viel gelingt: Als SPD wollen wir eigentlich noch viel mehr investieren für bezahlbare Mieten, eine funktionierende Bahn, Bildung, soziale Förderungen, damit sich alle klimaneutrale Mobilität und Heizung leisten können, Demokratieförderung und das Ehrenamt, das etwa bei der Hochwasserkatastrophe in unserer Region so wichtige Dienste geleistet hat. Aber dafür müssen wir bei der Bundestagswahl für neue Mehrheitsverhältnisse kämpfen.

IHR ANDREAS MEHLTRETTER

**IM DETAIL:
BUNDESHAUSHALT 2025**

Wir investieren dort, wo es für Unternehmen und Bürger:innen im Alltag klemmt: bei Schienen, Straßen, Nahverkehr und der digitalen Infrastruktur.

**ULTRAFEINSTAUB:
ES MUSS GEHANDELT WERDEN**

Wirksame Maßnahmen wie elektrische Schlepper und schwefelarmes Kerosin können am Flughafen München jederzeit umgesetzt werden.

AUSGABE 9, JULI 2024

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Nach der Europawahl

Weiter für unsere Politik kämpfen!

Die Europäische Union hat sich in den Krisen der vergangenen Jahre bewährt. Während der Corona-Pandemie haben wir durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und dem größten Wiederaufbaufonds in der europäischen Geschichte bewiesen, wie Solidarität uns stark macht. Auf den russischen Angriffskrieg haben wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern entschlossen reagiert und die Ukraine politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt.

Und auch für unsere Zukunft brauchen wir eine europäische Zusammenarbeit, um unsere Wirtschaft fit für die Zukunft und widerstandsfähig zu machen. Auch faire Arbeitsbedingungen in Europa und einen wirksamen Klimaschutz können wir nur gemeinsam erreichen.

DAS ERGEBNIS IST ENTTÄUSCHEND

Viele Genoss:innen haben engagiert für ein starkes Europa gekämpft, das den Menschen Sicherheit gibt. In vielen Veranstaltungen haben wir hier vor Ort unsere Positionen deutlich gemacht. Das alles hat nicht gereicht.

Das Ergebnis ist enttäuschend. Wir haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern deutlich verloren. Das Ergebnis liegt weit unter unserem Anspruch.

EUROPA BLEIBT DEMOKRATISCH

Auch wenn bei uns und in einigen anderen Ländern rechte Parteien zugelegt haben, so gibt es in Europa weiterhin eine demokratische Mehrheit. Das ist ein wichtiges Ergebnis, das Hoffnung macht.

Es wird auch nach der Wahl eine Kom-

mission geben, die von den demokratischen Kräften getragen ist. Das ist für uns Sozialdemokrat:innen die eindeutige Bedingung für die weitere Unterstützung für eine zweite Amtszeit Ursula von der Leyens als Kommissionspräsidentin.

VON DER LEYEN WENIG AMBITIONIERT

Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten aus allen Mitgliedstaaten haben klare Prioritäten für die nächste Kommission formuliert: Die Kommission muss mehr tun, um die Transformation unserer Industrie zu unterstützen. Unser Wohlstand basiert auf hochwertigen Arbeitsplätzen, qualifizierten Arbeitskräften und verbesserten Arbeitnehmer:innenrechten. Dies erfordert, dass wir die Investitionslücke schließen.

Leider startet Ursula von der Leyen wenig ambitioniert in ihre zweite Amtszeit. Hat sie in den letzten fünf Jahren den Europäischen Green Deal noch vorangetrieben, so ist dieser auf der Prioritätenliste jetzt nach unten gerutscht.

Das halte ich für falsch. Wir brauchen ein Europa, das liefert. Ein Europa, das auf Zukunftstechnologien und auf eine strategische Autonomie setzt. Nur das kann die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit sein.

DIE LAGE IN DEUTSCHLAND

Natürlich hat das Ergebnis der Europawahl auch was mit der Zustimmung zur Ampel zu tun. Ich bin ehrlich überzeugt, dass wir eine gute Politik gemacht haben. Wir haben die Ukraine Krise gut gemeistert. Wir haben in ziemlich kurzer Zeit die Energieversorgung umgestellt und die

Energiewende vorangetrieben. Und mit der Mindestloohnerhöhung, Wohngeldausweitung, besserer Erwerbsminderungsrente und vielem mehr haben wir das Leben vieler Menschen besser gemacht.

Wir haben es aber nicht geschafft, unsere eigenen Themen zu setzen. Wie schaffen wir genug Wohnungen und Kitaplätze? Wie sorgen wir dafür, dass wir genug Pflegekräfte und Erzieher:innen haben? Wie bringen wir unsere Schulen auf Vordermann? Diese Debatten müssen wir führen. Hier müssen wir gerade auch die Union stellen, die hat hier keine Lösungen.

GEFORDERT: KONKRETE POLITIK

Wie solche Lösungen aussehen können, das zeigen gerade die Sozialdemokrat:innen im Europäischen Parlament. Sie gehen mit dem Vorschlag einer Europäischen Wohnungsinitiative in die Verhandlungen. Wohnen ist in weiten Teilen Europas zu teuer. Mindestens 50 Milliarden Euro sollen pro Jahr investiert werden, um mehr Wohnraum zu schaffen, den öffentlichen Wohnungsbau anzukurbeln und dort die Energieeffizienz zu steigern, wo die Menschen sich das selbst nicht leisten können.

Das ist ein sinnvoller Vorschlag, den wir auch vom Bund her unterstützen werden.

DIE MENSCHEN BRAUCHEN KONKRETE LÖSUNGEN WIE EINE EUROPÄISCHE WOHNBAUINITIATIVE.



Bundeshaushalt 2025

Wichtige Impulse für mehr Wachstum

Straßen, Schienen, Wohnungen, Schulen, Klimaschutz, Energiewende und die Sicherstellung der Produktion kritischer Güter – wir müssen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes investieren. 400 Milliarden über zehn Jahre, auf diese Höhe hat die Deutsche Industrie den Finanzbedarf beziffert, der jetzt nötig ist.

Die Einigung der Bundesregierung zum Haushalt 2025 geht in die richtige Richtung: Die Investitionen des Bundes liegen nach dieser Einigung mit 57 Milliarden Euro auf Rekordniveau. Hinzu kommen Ausgaben aus dem Klima- und Transformationsfonds sowie Zuschüsse zur Entlastung beim Strompreis (EEG-Umlage) in Höhe von rund 40 Milliarden Euro. Insgesamt stehen rund 100 Milliarden Euro für investive Ausgaben zur Verfügung.

DAS LAND ZUSAMMENHALTEN

Dies war nur möglich, weil die SPD-Bundestagsfraktion von Anfang an klargemacht hat, dass es um den Zusammenhalt geht und nicht darum, einzelne Haushaltsetats gegeneinander auszuspielen.

Der Haushalt hat klare Prioritäten: äußere

und innere Sicherheit, ein verlässlicher Sozialstaat sowie der Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität und die Förderung von Wachstum.

Wir investieren dort, wo es für Unternehmen und Bürger:innen im Alltag klemmt: bei Schienen, Straßen, Nahverkehr und der digitalen Infrastruktur. Die Autobahn GmbH erhält ab 2026 1,5 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Das hilft, Brücken und Straßen zu sanieren. Auch die Deutsche Bahn erhält insgesamt fast 6 Milliarden Euro als Eigenkapital-Erhöhung, hinzu kommen Baukostenzuschüsse in Milliardenhöhe. So kommt auch die Modernisierung der Schiene voran.

DIE WACHSTUMSINITIATIVE

Wir brauchen Investitionen in wichtigen Sektoren wie E-Mobilität, Wohnungsbau oder Medizin. Wir haben einen Mangel an Arbeits- und Fachkräften, der das Wachstum hemmt. Unsere Industrie ist zur Umstellung auf klimafreundliche Technologien auf sichere und bezahlbare Energie angewiesen.

All das packen wir mit der Wachstumsinitiative an. Wir verbessern die Abschreibungsbedingungen und weiten die Forschungszulage aus. Bürokratie wird abgebaut. Wir schaffen Anreize für mehr Beschäftigung, bauen dafür Hürden bei der Anerkennung von Qualifikationen ab und die Kitaplätze aus. Wir setzen den Ausbau der Erneuerbaren Energien fort, verstetigen das Strompreispaket und senken die Netzentgelte.

All diese Maßnahmen werden dafür sorgen, dass wir mehr Wachstum und damit auch mehr Steuereinnahmen haben werden. Geld, das wir dafür brauchen, das

Land zusammenzuhalten.

VERLÄSSLICHER SOZIALSTAAT

Es ist uns gelungen die Forderungen abzuwehren, dass wir den Sozialstaat einschränken müssten. Wir können und wir werden weiterhin dafür sorgen, dass niemand unter die Räder kommt. Nur wenn unsere Gesellschaft zusammenhält, sind wir gut gewappnet für die bevorstehenden Aufgaben.

Deswegen bleibt es beim Rentenniveau. Deswegen investieren wir mehr Geld in Kitas. Und deswegen geben wir noch mehr Geld für Wohnungen aus. Bis 2028 stellt der Bund mehr als 21,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit. Und auch die vereinbarte regelmäßige Anhebung des Wohngeldes Plus wird kommen und ist mit dem neuen Haushalt finanziert.

BERATUNG IM HERBST

Viele haben nicht geglaubt, dass die Ampel hinkriegt, dass die zentralen Aufgaben weiter finanziert werden. Wir haben es aber geschafft: Die Ukraine kann sich weiter auf Deutschland verlassen, und der Sozialstaat wird nicht geschliffen. Trotzdem werden wir bei den Verhandlungen im Bundestag darüber sprechen müssen, ob die Verschärfungen etwa beim Bürgergeld wirklich zielführend sind.

Im Herbst wird der Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2024 und zum Bundeshaushalt 2025 nun im Deutschen Bundestag beraten. Ich bin zuversichtlich, dass wir in den Beratungen noch weitere Verbesserungen im Sinne der Sozialdemokratie hinkriegen werden.

MIT DIESEM HAUSHALT SCHAFFEN WIR SICHERHEIT UND STABILITÄT IN ZEITEN, DIE VON UNRUHE UND VERUNSICHERUNG GEPRÄGT SIND.



Ultrafeinstaub

Es wird Zeit, dass endlich gehandelt wird!

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat negative Auswirkungen von Ultrafeinstaub auf die Gesundheit bestätigt. Das ergibt sich aus einer von mir in Auftrag gegebenen Ausarbeitung. Es wird Zeit, dass endlich gehandelt wird.

DAS KRANKHEITSRISIKO STEIGT

Gesundheitsauswirkungen von Ultrafeinstaub wurden in den bisherigen Diskussionen oft in Zweifel gezogen. Auch wenn noch nicht alle Fragen geklärt sind, so zeigt der wissenschaftliche Dienst aber ganz deutlich: Der durch den Flugverkehr verursachte Ultrafeinstaub erhöht das Krankheitsrisiko signifikant. Das können wir nicht einfach so hinnehmen, vor allem weil wirksame Maßnahmen wie elektrische Schlepper und schwefelarmes Kerosin technisch jederzeit umgesetzt werden könnten.

Der gesundheitsschädigende Effekt von Feinstaub ist seit mehr als einem Jahrzehnt in tausenden unterschiedlichen Studien gut und mit weiter zunehmender Evidenz belegt. Dabei gilt: Je kleiner die Partikel sind, desto leichter können sie vornehmlich über Inhalation, aber auch über Hautkontakt oder orale Aufnahme in Zellen der Lunge, des Gehirns, des Verdauungstrakts und auch des Blutkreislaufs vordringen.

Bei Ultrafeinstaub ist die Studienlage unübersichtlicher. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages zeigt aber jetzt: Auch für Ultrafeinstaub bestätigt eine Reihe von Studien, dass die Sterblichkeit zunimmt, wenn Menschen Ultrafeinstaub ausgesetzt sind, ebenso wie Einweisungen in eine Notaufnahme oder ein Kran-

kenhaus. Vor allem bei der Entstehung von Atemwegserkrankungen wie Lungenkrebs, der chronisch obstruktiven Lungenerkrankung (COPD) und Asthma, aber auch von Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkten und Schlaganfällen kommt dem Ultrafeinstaub eine wichtige Rolle zu.

SITUATION AM FLUGHAFEN MÜNCHEN

Zwar zeigt die Ausarbeitung auch auf, wo noch Forschungsbedarf besteht. Die toxische Wirkung von Ultrafeinstaub ist aber deutlicher belegt, als es in den bisherigen Diskussionen zugegeben wurde. Und belegt ist auch, dass im Umfeld von Flughäfen die Belastung durch Ultrafeinstaub deutlich erhöht ist. Insgesamt lässt die bisherige Forschung den Schluss zu, dass Ultrafeinstaub von Flugzeugen schlecht für die Gesundheit ist.

Dass im Umfeld des Münchner Flughafens die Werte erhöht sind, zeigen nicht

nur die Messungen des Bürgervereins, sondern auch Messungen im Auftrag des Bayerischen Staatministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz auf dem Gelände der Stadtgärtnerei in Freising-Lerchenfeld sowie auf dem Volksfestplatz in Hallbergmoos. Nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden Anzahlkonzentrationen von 10.000 Partikel pro Kubikzentimeter im Tagesmittel als hoch angesehen. In Freising wird dieser Wert an 91 Tagen, in Hallbergmoos 102 Tagen überschritten.

HANDLUNGSOPTIONEN

Das Umweltbundesamt hat deutlich gemacht, dass mit elektrischem Schleppen auf dem Rollfeld und mit schwefelarmem Kerosin die Belastung deutlich reduziert werden kann.

Ultrafeinstaub ist schädlich für die Gesundheit, das liegt nun offen auf dem Tisch. Und es gibt schnell wirksame Maßnahmen, um den Ultrafeinstaub zu reduzieren. Alle Verantwortlichen müssen dafür sorgen, dass diese Maßnahmen nun endlich umgesetzt werden.

Daneben braucht es aber auch eine bessere Datengrundlage. Notwendig ist, das Messprogramm des Staatministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz langfristig abzusichern und die Messstationen auszuweiten. Aber auch der Flughafen ist gefordert. Bisher werden nur die relativ großen Feinstaubpartikel PM 10 kontinuierlich gemessen. Zumindest die kleineren Feinstaubpartikel PM 2,5 müssten in die Messungen des Flughafens aufgenommen werden, besser wäre auch eine Messung des Ultrafeinstaubes durch den Flughafen selbst.



Wichtig im Bundestag

Verkehrsgesetz und Gesundheitsversorgung

MEHR TEMPO 30

Es ist nur ein Satz. Doch der wird vieles ändern. Das Auto verliert die Vorfahrt in den Städten und Gemeinden!

Bisher hatte das Straßenverkehrsgesetz ein Ziel: Der Autoverkehr sollte leicht fließen. Umweltschutz, Verkehrssicherheit oder einfach der Wunsch, den eigenen Ort zu gestalten, mussten dahinter zurückstehen. Das ist nun anders.

Vor der Sommerpause haben wir endlich das neue Straßenverkehrsgesetz beschlossen. Dort heißt es jetzt:

„Die [...] Rechtsverordnungen und auf ihnen beruhenden Anordnungen müssen neben der Verbesserung des Schutzes der Umwelt, des Schutzes der Gesundheit oder der Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung die Leichtigkeit

des Verkehrs berücksichtigen und dürfen die Sicherheit des Verkehrs nicht beeinträchtigen.“

Das gibt den Kommunen Spielraum. Wenn die Verkehrssicherheit und der Umweltschutz auch berücksichtigt werden müssen, dann können Tempo-30-Zonen leichter umgesetzt werden. Auch Zebrastreifen oder Radwege können leichter gebaut werden.

Wir wollen, dass vor Ort entschieden wird, wo Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und Schulkinder geschützt werden. Das macht das neue Straßenverkehrsgesetz möglich.

Der Bundestag hat das Gesetz bereits am 30. Oktober 2023 beschlossen. Fast alle unionsregierten Länder haben aber dann

im Bundesrat gegen das Gesetz gestimmt. Über sechs Monate haben wir dann daran gearbeitet, die doch noch zur Zustimmung zu gewinnen. Das ist nun gelungen, das ist ein Erfolg, für den ich den Verkehrspolitiker:innen der SPD-Bundestagsfraktion danke.

Das neue Straßenverkehrsgesetz macht vieles möglich. Konkrete Details werden in der Straßenverkehrsverordnung geregelt. Der Bundesrat hat die am 5. Juli beschlossen. Damit können die Kommunen anfangen zu planen.



RAHMENBEDINGUNGEN FÜR BESSERE GESUNDHEITSVERSORGUNG IN DER REGION

Zwei Reformen für eine bessere Gesundheitsversorgung hat der Bundestag noch vor der Sommerpause auf den Weg gebracht: das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz und die Krankenhausreform. Mit diesen beiden Reformen und mit der noch ausstehenden Reform der Notfallversorgung wollen wir eine gute, flächendeckende Gesundheitsversorgung bei uns in der Region sichern.

SCHNELLER EINEN HAUSARZTTERMIN

Einen wichtigen Schritt für eine bessere Hausarztversorgung haben wir mit der Einbringung des Entwurfs des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes gemacht.

- Die Arbeit der Hausärzt:innen wird attraktiver. Wir streichen Budgetvorgaben und schaffen die bürokratischen Quartalspauschalen ab.
- Arzttermine zu bekommen wird dadurch einfacher, unnötige Arztbesuche fallen weg und lange Wartezeiten in den Praxen werden vermieden.

- Wir verbessern außerdem das Angebot an Psychotherapie, insbesondere für Kinder und Jugendliche und für besonders schwer erkrankte Patienten.
- Gemeinden und Städte können mit kommunalen Medizinischen Versorgungszentren leichter ein zusätzliches Angebot schaffen.

All das wird dafür sorgen, dass sich die Hausarzt-Versorgung gerade auf dem Land hoffentlich schnell verbessert.

GUTE KRANKENHÄUSER

Das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz ist ein Teil der Reformen für ein qualitativ hochwertiges, zuverlässiges und patient:innenorientiertes Gesundheitswesen, die wir auf den Weg den Weg bringen. Dazu gehört auch die Krankenhausreform, die wir auch diese Woche eingebracht haben.

- Wir sorgen für eine bessere Behandlungsqualität, weniger Bürokratie sowie den Erhalt eines lückenlosen Net-

zes von Krankenhäusern in ganz Deutschland.

- Den Krankenhäusern wird ein Teil des ökonomischen Drucks genommen. Durch eine sogenannte Vorhaltevergütung sollen bedarfsnotwendige Krankenhäuser künftig weitgehend unabhängig von der Leistungserbringung zu einem relevanten Anteil gesichert werden.

Mit diesen beiden Reformen und mit der noch ausstehenden Reform der Notfallversorgung können wir eine gute, flächendeckende Gesundheitsversorgung bei uns in der Region sichern.

Ich stehe hinter dieser Reform, auch wenn wir uns die Situation in Mainburg noch genau ansehen müssen. Fakt ist: Für die flächendeckende Struktur ist Bayern verantwortlich. Hier drückt man sich vor Entscheidungen. Was wir vom Bund machen können, darüber werde ich mit den Verantwortlichen vor Ort und unserem Berichterstatter Christos Pantazis noch im Juli sprechen.

Windenergie

Gespräch mit der Bundeswehr

Wie man den Ausbau der Windenergie in unserer Region besser mit den Vorgaben des militärischen Luftverkehrs vereinbaren kann, darüber habe ich beim Luftfahrtamt der Bundeswehr in Köln mit Oberst Christian Rütter und Regierungsdirektor Markus Traut gesprochen.

Immer wieder können Windräder in unserer Region nicht gebaut werden, weil sie insbesondere den militärischen Flugverkehr behindern könnten. Das blockiert den Ausbau der Windenergie in unserer Region an vielen Standorten. Daher war es gut, dass ich direkt mit der Bundeswehr ein konstruktives Gespräch über mögliche konkrete Verbesserungen führen konnte.

Es gibt leider keine einfache Lösung. Der Luftraum über unserer Region ist voll. Der Flughafen München begrenzt den Raum für die Windenergie genauso wie die Flugplätze Manching und Neuburg.

PLANUNG BEREITS ERLEICHTERT

Immerhin habe ich im letzten Jahr erreicht, dass die Planungsregion 10 zumindest die Karten zu den Flughöhenbe-

schränkungen und Hubschraubertiefflugkorridoren bekommen hat. Das hilft bei den Planungen, man kann sich nun bei der Auswahl geeigneter Flächen daran orientieren.

Bei dem Gespräch in Köln sind wir nun gemeinsam die Rahmenbedingungen durchgegangen, wo es Anpassungsmöglichkeiten geben könnte. Und da gibt es leider bei den Flughöhen allgemein wenig Spielraum. Flugzeuge müssen im Umkreis von Flughäfen tiefer geführt werden, damit sie landen und starten können. Das europäische Flugrecht schreibt dann 8 km große Pufferzonen rund um die Einflugschneisen vor, in denen Windräder in ihrer Höhe stark beschränkt sind.

Trotz der grundsätzlich widrigen Rahmenbedingungen gibt es aber dennoch die Bereitschaft der Bundeswehr, das Anliegen der Windenergie in der Region 10 zu unterstützen. Das Luftfahrtamt der Bundeswehr hat mir zugesagt, Anpassungen der Mindestführungshöhen an einigen im Gespräch diskutierten Punkten nochmal zu prüfen. Veränderungen an Hubschraubertiefflugkorridoren sind wohl wegen anderer Faktoren wie Lärm-

schutz kaum möglich. Trotzdem hat die Bundeswehr versichert, dass ein solcher Tiefflugkorridor kein zwingender Ausschlussgrund ist. Gerade an den Rändern der Korridore können Windräder durchaus möglich sein.

BUNDESWEHR FÜR DIALOG OFFEN

Ich bin froh, dass die Bundeswehr für diesen Dialog offen ist.

Klar, die Bundeswehr soll in ihren Möglichkeiten nicht grundsätzlich eingeschränkt werden, wir wissen alle, wie wichtig ihre Einsatzfähigkeit ist in diesen Zeiten. Es gibt aber doch Punkte, wo Verbesserungen für die Windenergie möglich sind, ohne die Bundeswehr zu beeinträchtigen. Die müssen unbedingt ausgeschöpft werden.

Diesen Dialog werde ich weiter fortsetzen. Vereinbart ist ein Termin für Kommunen und Planer in der Region 10, in dem die Bundeswehr über die Grundlagen und Möglichkeiten zur Überprüfung von konkreten Windradplanungen informiert. Den werde ich baldmöglichst organisieren.



Hochwasser

Unterstützung für die Betroffenen

Anfang Juni ist unsere Region von einem schweren Hochwasser getroffen worden. Auch wenn das Wasser abgeflossen ist, sind die Folgen der Katastrophe weiterhin deutlich zu spüren: Menschen haben ihr Leben verloren. Nicht nur Häuser, sondern auch Existenzen wurden zerstört. Vielen Betroffenen fällt es noch schwer mit dem Erlebten umzugehen.

DANK DEN HELFER:INNEN

Wir verdanken es den Einsatzkräften der Blaulichtorganisationen und auch vielen privaten Helfer:innen, dass nicht noch schlimmere Schäden entstanden sind.

Auch jetzt bleibt noch viel zu tun. Durch die Fluten sind große Mengen Dreck, Müll und zerstörter Möbel entstanden, die nun entsorgt werden müssen. In vielen Betrieben und öffentlichen Institutionen, vor allem auch Schulen und Kitas, ist der reguläre Betrieb weiterhin schwierig.

Allen Betroffenen wünsche ich viel Kraft für die Gegenwart und Zukunft. Für mich ist klar, dass das Hochwasser für unsere Region langfristige Auswirkungen haben wird. Deshalb setze ich mich natürlich dafür ein, dass die Betroffenen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Die durch die Fluten verursachten Schäden sind immens: Laut den Versicherern belaufen sie sich auf ca. 2 Mrd €.

Sowohl Olaf Scholz als auch Robert Habeck haben vor Ort die Unterstützung

des Bundestages zugesagt. Eine Maßnahme dafür ist die Erweiterung bestehender Förderprogramme für die, die wegen des Hochwassers eine neue Heizung brauchen.

KONKRETE HILFE LÄUFT AN

Die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) fördert neue Heizungen, die erneuerbare Energien verwenden. Die wird so angepasst, dass sie von den Betroffenen unkompliziert genutzt werden kann. Das erreichen wir mit zahlreichen Verfahrensvereinfachungen.

- Den Klimageschwindigkeitsbonus, der eigentlich nur für den Austausch noch funktionierender Heizungen gilt, wird es auch für vom Hochwasser zerstörte Heizungen geben. Hier reicht eine Eigenklärung des Gebäudebesitzers, dass diese vor dem Hochwasser funktionsfähig war.
- Die Höchstförderung von bis zu 70 Prozent der Investitionskosten wird auf maximal 100 Prozent erhöht.
- Auch wenn ein Gebäude erst kürzlich mit Hilfe der BEG saniert wurde und die Mindestnutzungsdauer noch nicht abgelaufen ist, kann ein neuer Antrag gestellt werden.

Damit können wir einen Beitrag leisten, zerstörte Heizungen schnell zu ersetzen.

Damit das schnell geht, werden die Termine für die Vor-Ort-Beratung in den

Hochwassergebieten priorisiert vergeben, die sonst üblichen Eigenanteile entfallen. Und wer den Heizungsaustausch noch bis zum 31. August 2024 beantragt, kann den Antrag bis zum 30. November ausnahmsweise auch erst nach der Beauftragung stellen.

WEITERE AUFARBEITUNG NOTWENDIG

Leon Eckert, Erich Irlstorfer und ich haben gemeinsam die Bürgermeister:innen unserer Region eingeladen zu einem Austausch. Mit ihnen werden wir darüber sprechen, was es noch an Unterstützung braucht. Und auch bei einem Besuch meines Kollegen Ingo Schäfer im September wird das Hochwasser im Mittelpunkt stehen. Ingo Schäfer ist Berichterstatter unserer Fraktion für den Katastrophenschutz.

Mir ist aber auch wichtig, dass wir das Hochwasser in seinem größeren Kontext sehen. Es hat uns gezeigt, was der Klimawandel für jede:n Einzelne:n von uns bedeutet. Erst vor kurzem wieder haben wir im Klimaschutz-Ausschuss des Bundestags Studien vorgestellt bekommen, die die enormen Kosten von verschlepptem Klimaschutz aufgezeigt haben. Wir müssen noch entschiedener bei der Energiewende vorangehen, damit Starkregenereignisse und andere gefährliche Szenarien nicht immer häufiger werden. Und gleichzeitig müssen wir beim Hochwasserschutz notwendige Maßnahmen jetzt schnell umsetzen.



Für Sie unterwegs.

Im Wahlkreis und in Berlin



Im Juni war ich beim Bayernwerk-Netzcenter in Pfaffenhofen. Mich begleitet haben Vertreter:innen der Bürgerenergiegenossenschaften aus meinem Wahlkreis, das heißt von der BEG Freising, der BEG Pfaffenhofen und der BEG Neuburg-Schrobenhausen. Gesprochen haben wir über die Situation beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, der in unserer Region gut vorangeht. Gleichzeitig merken wir, dass Ausbaumühnungen an ihre Grenzen stoßen, weil ein Netzanschluss oft schwierig zu bekommen ist. Hier spielt das Bayernwerk eine wichtige Rolle.



Die Intersolar ist die weltweit führende Fachmesse für die Solarwirtschaft. Es war toll zu sehen, welche Dynamik in dieser Branche ist. Ich habe lauter Leute getroffen, die sich für die Energiewende begeistern und engagieren und die mit Ihren Lösungen dazu beitragen, dass die Energiewende gelingen wird. Gesprochen habe ich unter anderem mit GP Joule, Sonnen, BayWa und Q Cells darüber, wie ihr Beitrag für diese Energiewende aussehen kann und wie Speicher, Wärmepumpe, die PV-Anlage und das E-Auto zusammenwirken können.



Frauen, die von Gewalt betroffen sind, benötigen die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb habe ich mich, gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Carmen Wegge, den SPD-Kreisräten Herbert Bengler und Peter Warlimont mit Kerstin Steil und Lisa Antesberger vom Frauenhaus Freising und mit Christina Mayer von der Fachberatungsstelle HilDa („Hilfe ist da!“) getroffen. Ich habe mich sehr gefreut, dass Carmen Wegge, die im Rechtsausschuss des Bundestags für gleichstellungspolitische Themen zuständig ist, extra dafür nach Freising gekommen ist.



Made in Germany – das steht für hohe Produkt-Qualität, gerade beim Autobau. Die Basis dafür ist eine gute Berufsausbildung. Wie die bei Audi in Ingolstadt abläuft, habe ich mir mit meinen Kolleg:innen Carmen Wegge und Sebastian Roloff angesehen. Beim Besuch der Ausbildungswerkstatt, einer Führung durch die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie einem Austausch mit Betriebsrät:innen haben wir uns ein Bild vom Ausbildungskonzept bei Audi machen können und uns über die Arbeitsbedingungen vor Ort informiert.

Mannschaftssport

Neues aus meinem Team

BASILIO GUILIETTI

Vom Mai bis in den Juli absolvierte Basilio Guilietti ein zweimonatiges Praktikum in meinem Berliner Büro. Er selbst schreibt darüber:

„Bereits von den ersten Arbeitstagen an wurde ich von den Kolleg:innen betreut, eingelernt und schnell in die Büroarbeit eingebunden. Gleich am ersten Arbeitstag durfte ich an der wöchentlichen digitalen Bürobesprechung teilnehmen, durch die ich die anderen Kolleg:innen, die von den Wahlkreisbüros in Freising und Pfaffenhofen aus arbeiten, kennenlernen konnte.“

Von der Arbeits- und Funktionsweise her hat mich besonders beeindruckt, wie

komplex die politische Arbeit eines Bundestagsabgeordneten ist und zugleich, wie ausschlaggebend die Rolle eines kooperativen Teams für die erfolgreiche Abarbeitung der zahlreichen Aufgaben ist. In dieser Hinsicht ist hervorzuheben, dass das ganze Team nicht nur für eine funktionierende und professionelle Arbeitsweise sorgt, sondern auch für eine angenehme Arbeitsatmosphäre, die sich im Arbeitsalltag spüren lässt. Das inklusive und offene Miteinander, gemeinsam mit einer vernünftigen internen Kommunikation, tragen zu einer funktionierenden Mitarbeit bei.“

Vielen Dank für Deine Unterstützung und für dieses tolle Feedback, lieber Basilio.



JAKOB SCHMID

Wer ist dieser Jakob, der Daft Punk in unsere Heavy Rotation eingebracht hat?

Jakob Schmid studiert am Geschwister-Scholl-Institut der LMU München Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Dabei beschäftigt er sich immer wieder mit der Frage, wie wir unsere Wirtschaft klimaneutral und gleichzeitig sozial gerechter machen können.

Seit Ende Juni macht er in meinem Berliner Büro mit einer Sommerpause bis Ende September ein Praktikum für insgesamt zwei Monate und schaut sich an, wie wir in der Politik an einer sozial gerechten Transformation arbeiten. Herzlich willkommen im Team, lieber Jakob.

HEAVY ROTATION

Es geht nicht nur um Politik bei mir im Team, oft geht es auch um Musik. Was wir so hören? Gerne lüften wir das Geheimnis. Wer die Musik auch hören will, der findet die Playlist auf Spotify unter www.andreas-mehltretter.de/links/spotify.

Unsere derzeitige Heavy Rotation:

Andreas:
Villagers: That Golden Time
Eva:
Marek Ztracaný: Tak se nezlob
Jessica:
Şoho Bani, Herbert Grönemeyer: Zeit, dass sich was dreht
Jakob:
Daft Punk: Giorgio by Moroder

Martin:
K.I.Z: Görlitzer Park
Merlin:
System Of A Down: Sad Statue
Michi:
K.I.Z: Marmeladentostbrot
Tereza:
Sabrina Carpenter: Feather



Andreas Mehltretter

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehltretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehltretter.de

Facebook

[andreamehltretterSPD](https://www.facebook.com/andreamehltretterSPD)

Instagram

[andreamehltretter](https://www.instagram.com/andreamehltretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)